

«Schätze müssen sichtbar gemacht werden»

Oltingen | Florence Brenzikofer, die Nationalrätin der Grünen, über den Stand des «Naturparks Oberbaselbiet»

Florence Brenzikofer will dieses Jahr der Verwirklichung eines regionalen Naturparks einen grossen Schritt näherkommen. In Bern will sie für einen attraktiveren öffentlichen Verkehr kämpfen.

Jürg Gohl

Frau Brenzikofer, im Oberbaselbiet möchten Sie mit dem von Ihnen präsidierten Verein Erlebnisraum Tafeljura dem angestrebten Naturpark 2023 einen Schritt näherkommen. Wie ist der Stand?

Florence Brenzikofer: Wir wollen in einem zweiten Anlauf den Jurapark, der neu «Regionaler Naturpark Baselbiet» als Arbeitstitel trägt, realisieren und dieses Mal die Bevölkerung, die Gemeinden und die Politik in Liestal stärker einbinden als beim ersten Anlauf vor zehn Jahren. Wir sind überzeugt, zwischen den Jurapärken Aargau und dem Naturpark Thal über einen Raum zu verfügen, der viele Schätze besitzt, die sichtbar gemacht werden müssen.

Es ist um den Naturpark etwas ruhiger geworden ...

Wir arbeiteten im vergangenen Jahr im Hintergrund, führten zahlreiche Gespräche mit Interessengruppen, wir standen bei Informationsveranstaltungen und Verbandsversammlungen Red' und Antwort, waren an Märkten präsent, besuchten andere Pärke und sprachen dort auch mit Landwirten. Ende 2022 haben wir die Vorprojektierungsphase abgeschlossen. Als Nächstes wird in Zusammenarbeit mit der ZHAW, der Zürcher Fachhochschule, der Managementplan erstellt. Im Februar gründen wir den Trägerverein, der sowohl politisch wie auch geografisch und gesellschaftlich ausgewogen zusammengesetzt sein soll.

Werden sich Bürgerliche da nicht schwertun?

Im Trägerverein muss es auch Platz für kritische Stimmen haben. Es werden Bürgerliche an Bord sein, versprochen! Der Baselbieter Naturpark darf nicht zu einem politischen Projekt werden. Viele Organisationen müssen mitziehen wie Baselland Tourismus, die Gastronomie, Umweltverbände oder die Landwirtschaft. Während der Pandemie entdeckten viele notgedrungen die Schönheiten in unserer Region. Ich bin überzeugt, dass grosse Teile der Bevölkerung profitieren würden.

Was entgegnen Sie Skeptikern, die mehr Reglemente und Formulare ohne Mehrwert für sie befürchten?

Ein regionaler Naturpark ist kein Gesetzgeber. Und es wird niemand zum Mitmachen gezwungen. Das gilt auch für die Gemeinden. Vergessen wir nicht, dass der Bund Fördermittel bereitstellt, die dann ins Parkgebiet fliessen würden.

Zur Person

Jg. Florence Brenzikofer ist in Liestal und Frankreich aufgewachsen, ist dreifache Mutter und wohnt mit ihrer Familie in Oltingen.

Die Grüne wurde 2003 erstmals in den Landrat gewählt, zog mit ihrer Familie aber für zweieinhalb Jahre in die bolivianischen Anden und schaffte 2013 die er-

Sie fordert im Nationalrat eine 10-Franken-Karte für das Wochenende für junge Menschen: Florence Brenzikofer.

Bild David Thommen

Sie wenden dafür unentgeltlich viele Arbeitsstunden auf, sind Nationalrätin und Sekundarlehrerin, sitzen in Parteileitungen. Wäre es nicht viel gescheiter, wenn eine grüne Politikerin mit diesem Pensum in einer Stadt oder an einem Knotenpunkt wohnen würde? Vereinfacht: Olten statt Oltingen.

Klar. Es wäre vorbildlicher für eine grüne Politikerin, wenn Wohnen und Arbeiten näher beisammenliegen würden. Auf der anderen Seite pendle ich sehr gerne mit dem öffentlichen Verkehr viele, viele Stunden, weil ich die Zeit zum Arbeiten, Lesen, für Zeitungen und vor allem zum Austausch mit anderen Menschen nutzen kann. Das schätze ich sehr. Pendeln ist keine nutzlose Zeit. Aber es wäre sicher ökologischer, näher bei der Arbeit zu wohnen.

Geht es ohne Privatauto?

Nicht immer. Aber ich muss immer weniger darauf zurückgreifen, seit meine Kinder grösser und selbstständiger sind. Im Beruf, in der Politik und für Sitzungen bewege ich mich hauptsächlich im städtischen Raum und den langen Nachhauseweg mit dem Postauto nehme ich in Kauf. Ich

neute Wahl in den Landrat. 2019 rückte sie für Maya Graf in den Nationalrat nach. Sie war fünf Jahre Präsidentin der Baselbieter Grünen und ist nun Vizepräsidentin der Mutterpartei.

In acht Organisationen und Verbänden sitzt sie im Vorstand und präsidiert den Verein Erlebnisraum Tafeljura.



möchte das Leben in Oltingen nicht missen. Dort leben Menschen, die mir viel bedeuten, der soziale und gesellschaftliche Zusammenhalt ist ausgesprochen stark. Und dann schätze ich den Erholungswert sehr, in der Oltinger Natur tanke ich meine Energie.

Zur nationalen Politik: Mit der Wahl zweier Bundesratsmitglieder ist kürzlich Ihr drittes Jahr im Nationalrat zu Ende gegangen. Verraten Sie uns zuerst, wer Ihre Stimme bei der SVP erhielt?

Hansueli Vogt. Ich kenne ihn aus der Rechtskommission, in der wir gut arbeiteten. Er besitzt die Qualitäten für das Amt. Albert Rösti ist ein Erdöl-Lobbyist. Jetzt ist er gewählt, und es gilt, die grossen Herausforderungen im Bereich Energie und Mobilität anzugehen.

Basel-Stadt stellte seit 50 Jahren kein Bundesratsmitglied mehr, Baselland sogar seit 125 Jahren. Wir sind der zweitgrösste Wirtschaftsstandort. Nun wurde Eva Herzog nicht gewählt. Wie ist das zu erklären?

Mir geht es nicht um den Kanton, sondern um die urbane Vertretung. Mit Eva Herzog und Hansueli Vogt, die ich aufgeschrieben habe, wäre die städtische Bevölkerung vertreten gewesen. Die städtische Schweiz soll ebenso im Bundesrat repräsentiert sein wie die ländliche, zu deren Vertreterin ich mich im Nationalrat zähle.

Aber wann kommt die Nordwestschweiz zum Zug? Elisabeth Baume-Schneider stammt auch aus der Region. Wir können mit der S3 von Tecknau bis in den Jura

fahren. An Eva Herzog hätte ich geschätzt, dass sie über eine grosse Durchsetzungskraft verfügt, die ich im Bundesrat gerne gesehen hätte.

Als Sie 2019 für Maya Graf in den Nationalrat nachrückten, freuten Sie sich nach total acht Jahren im Landrat aufs nationale Parkett. Wenn Sie heute zurückblicken: Wo fühlen Sie sich wohler?

In der Anfangszeit vermisste ich den Landrat. Es gibt viele Anknüpfungspunkte. Oft heisst es in Bern, das sei Hoheit der Kantone, und in Liestal, dass sei Sache des Bundes, etwa bei Verkehrs- oder Bildungsfragen. Da wünschte ich mir manchmal mehr Lead durch den Bund.

Mehr Zentralismus, weniger Föderalismus?

Ja. Dort, wo es sinnvoll ist, beispielsweise bei der familienergänzenden Betreuung.

Besteht nicht die Gefahr, unter den 246 Bundespolitikerinnen und -politikern unterzugehen? Der Landrat besteht aus 90 Mitgliedern.

Das hängt stark davon ab, in welcher Kommission man Einsitz nehmen kann und wie viel Engagement eine Parlamentarierin für dieses Mandat einbringt. Ich sitze in der Rechtskommission. Viele Geschäfte werden dort von aussen nicht so wahrgenommen. Das populärste davon war wohl die Beratungen zur Ehe für alle, ein Erfolg für Links/Grün in dieser Legislatur und ein grosser gesellschaftspolitischer Fortschritt für unser Land. Seit vergangenen Mai gehöre ich der Verkehrs- und Fernmeldekommission an

und es freut mich, dass ich bereits in der ersten Legislatur zwei Kommissionen angehöre.

Seit Sie in Bern sind, überlagerten Corona, danach der russische Angriffskrieg und der Klimawandel die alltäglichen Geschäfte. Blockieren die drei Themen den Rest?

Blockieren ist ein zu starker Begriff. Klar, die Pandemie legte zeitweise den politischen Betrieb lahm und zeigte uns Schwachstellen auf. Aber die politische Arbeit lief daneben weiter. Der Krieg in der Ukraine offenbarte unsere Schwächen sowie unsere Abhängigkeiten von Russland und von fossilen Energieträgern. So beschleunigt er trotz seines Schreckens unsere Entwicklung in eine klimaneutrale Zukunft. In der vorletzten Session, der Herbstsession, trafen wir im Klimabereich Entscheide, die wir Grünen schon seit Jahren fordern.

Plötzlich ist es denkbar, den Alpenraum mit Solaranlagen zuzudecken oder im Oberbaselbiet Windanlagen zu errichten.

Das ärgert den Landschaftsschutz. Auf welche Seite schlagen Sie sich?

Entscheidend ist die Wirtschaftlichkeit: Solaranlagen in den Alpen sind dort sinnvoll, wo der Zugang gegeben ist, also in Gebieten, wo die Infrastruktur besteht, beispielsweise Lawenverbauungen oder Hochspannungsleitungen. Es gibt auch im Mittelland viele Infrastrukturbauten, die noch keine Solaranlagen haben. Deshalb ist es wichtig, dieses Potenzial auszuschöpfen, bevor der Alpenraum mit Solaranlagen zugestraft wird. Bei jeder Massnahme gehört zudem eine Umweltverträglichkeitsprüfung dazu. Wenn sich zum Beispiel bei der Frage um die Erhöhung von Staumauern alle Parteien an einen runden Tisch setzen und diskutieren, wird eine Lösung gefunden, die für alle stimmt, wie der initiierte runde Tisch zur Wasserkraft gezeigt hat. Bei der Solaroffensive ist der Aufbau einer Produktion im eigenen Land entscheidend. Gegenwärtig hapert es beim Liefern des Materials, etwa bei Solarpanels. Und es fehlen Fachkräfte. Ohne sie ist jede Energie-Initiative nutzlos, deshalb sammeln die Grünen mit der SP Stimmen für die Klimafonds-Initiative, die nachhaltige Arbeitsplätze schaffen soll.

Wo setzen Sie in Bern in diesem Jahr Ihren politischen Schwerpunkt?

Bei den Tarifen im öffentlichen Verkehr. In einer Motion fordere ich eine 10-Franken-Karte fürs Wochenende für junge Menschen. Der Bundesrat lehnt sie allerdings ab. Wir müssen die jungen Leute mit attraktiven Angeboten, die nach dem 18. Lebensjahr gelten, im öffentlichen Verkehr behalten. Fürs Pendeln zur Arbeit oder in eine weiterführende Schule besteht ein Angebot, aber für die Freizeit fehlt die Attraktivität für junge Menschen, die am Wochenende unterwegs sind. Da braucht es gute und preisgünstige Angebote, zudem soll das Ticketing-System einfacher werden. In diesem Bereich hat der Nationalrat einen Vorstoss von mir überwiesen. Der Bereich Mobilität ist einer der grössten Klimasünder. Deshalb braucht es Massnahmen, welche die Leute vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr bringen.